



Bekanntmachung

**des Präsidenten
des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

9. Forum der Parlamente der Südlichen Ostsee vom 3. bis 5. Juli 2011 in Gdansk

Das 9. Forum der Parlamente der Südlichen Ostsee hat in Gdansk eine Resolution verabschiedet. Den als Anlage beigefügten Originaltext gebe ich hiermit bekannt.

Torsten Geerds

Resolution des
9. Forum der Parlamente der Südlichen Ostsee
am 3. bis 5. Juli 2011, Gdańsk

Bewertung der Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum

Das 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee – Vertreter der Sejmiks der Woiwodschaften Pomorskie, Zachodniopomorskie und Warminsko-Mazurskie, der Landtage von Mecklenburg-Vorpommern und von Schleswig-Holstein, der Hamburgischen Bürgerschaft und der Gebietsduma der Kaliningrader Oblast – hat während der Jahreskonferenz vom 3. bis 5. Juli 2011 in Danzig im Beisein der gewählten Vertretungskörperschaft der Region Skane auf der Grundlage zweier Arbeitsgruppensitzungen in Schwerin und Brüssel mit Sachverständigen aus allen Regionen den Themenkomplex der Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum beraten und dabei insbesondere folgende Schwerpunkte erörtert:

- die Entwicklung des Tourismus,
- die Entwicklung der Bildung,
- die zukünftige Finanzierung der EU-Strategie für den Ostseeraum,
- die Stärkung des mehrstufigen Regierungssystems (Multi-Level-Governance) und
- die Zukunft der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit, der Nachbarschaftspolitik und der Partnerschaft der EU mit der Russischen Föderation

Das 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee stellt fest, dass die EU-Strategie für den Ostseeraum, als ein Beispiel einer makroregionalen Entwicklungsstrategie der Europäischen Union, erfolgreich dazu beiträgt, die ostseebezogenen Aktivitäten der Regionen und der Mitgliedstaaten auf allen Ebenen zu vernetzen und konkrete, im Aktionsplan genannte Projekte zu bündeln, neue Initiativen zu entwickeln und praktisch umzusetzen. Die Strategie erfordert es, dass sektorale, nationale und regionale Politiken kohärent auf sie abgestimmt werden.

Aufgrund der Beratungen im Parlamentsforum und auf der Grundlage des Fortschrittsberichtes der Kommission über die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum vom 22. Juni 2011 (KOM (2011) 381 endg.) wurde das Folgende beschlossen:

I

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee fordert die europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen dazu auf, den hier dargelegten Aspekten im Rahmen der regelmäßigen Überprüfungen und Anpassungen des Aktionsplanes besondere Bedeutung beizumessen und sieht es als notwendig an,

- die Inhalte der EU-Strategie für den Ostseeraum intensiver auf die Inhalte und Ziele der Strategie Europa 2020 abzustimmen,
- die zukünftige Kohäsionspolitik und andere Finanzierungsquellen wesentlich stärker als bisher auf die Ziele der EU-Strategie für den Ostseeraum auszurichten.

II

In Bezug auf für das Parlamentsforum Südliche Ostsee besonders wichtige Politikbereiche werden die nachfolgenden Schlussfolgerungen gezogen:

1. Tourismus

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

a) ist der Auffassung, dass die politische Dynamik bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene auch im Bereich Tourismus aufrecht erhalten werden muss und

hält seine Zielstellung aufrecht, dass die Südliche Ostsee EU-übergreifend unter Einbeziehung der Kaliningrader Oblast als attraktive Urlaubsregion auch für Gäste aus anderen europäischen Staaten und außerhalb Europas zu vermarkten ist;

b) betont vor diesem Hintergrund die Bedeutung einer intensiven Zusammenarbeit aller Akteure mit der Europäischen Kommission im Bereich Tourismus und

erkennt an, dass die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Bereich Tourismus zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ergänzen muss;

c) begrüßt die jährliche Durchführung des Ostsee-Tourismus-Forums (Baltic Sea Tourism Forum), wodurch die Beschlüsse des 3. Parlamentsforums Südliche Ostsee aus dem Jahre 2005 in Binz umgesetzt werden und

betont in diesem Zusammenhang, dass mit diesem Baltic Sea Tourism Forum ein gemeinsames Format in der Ostseeregion entwickelt worden ist. Damit können die Marketingaktivitäten aus der Region enger miteinander vernetzt werden. Dies dient der Entwicklung und Förderung des Tourismus. Es erleichtert die gemeinsame Entwicklung von Tourismusangeboten, damit zusammenhängenden Dienstleistungen und das gemeinsame Marketing;

d) spricht sich dafür aus, in Zukunft weiter kontinuierlich Qualitätsanalysen von den Projekten und ihrer nachhaltigen Wirkung durchzuführen, um Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren und tatsächliche Verbesserungen zu erreichen.

2. Bildung

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee vertritt die Auffassung, dass

a) der Bereich „Bildung“ eine der wichtigsten Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit und für den Wohlstand in der Ostseeregion darstellt. Die kostbarste Ressource sind die Bürgerinnen und Bürger. Ihr Wissen, ihre Innovationsfähigkeit sowie ihre Kreativität sind tragende Säulen in einem zunehmenden globalen Wettbewerb. Eine hochwertige Vorschul-, Primarschul-, Sekundarschul-, Hochschul- und Berufsbildung ist von zentraler Bedeutung;

b) besonders relevante Themenfelder im Bildungsbereich des Ostseeraums sind:

- die Senkung der Schulabbrecherquote,
- die Erhöhung des Anteils der Bevölkerung, der über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss verfügt sowie
- die Sicherstellung reibungsloser Übergänge an Schnittstellen des Bildungswesens, wie z.B. von der Schule zur Berufsausbildung

c) Austauschprogramme in Schulen und sonstigen Institutionen der beruflichen Bildung weiter ausgebaut werden sollen. Die Mehrsprachigkeit ist zu fördern;

d) ein gemeinsames Demokratieverständnis und eine gemeinsame Identität in der Ostseeregion unter Wahrung der kulturellen Besonderheiten unter anderem über die Jugendorganisationen zu entwickeln sind;

e) Kooperationen im Hochschulbereich anzustreben und dabei Mobilitätsbarrieren für Forscher und Studierende abzubauen sind;

f) in einer sich rasch wandelnden Welt dem lebenslangen Lernen ein hoher Stellenwert eingeräumt werden muss. Dies ist der Schlüssel zu Beschäftigung, wirtschaftlichem Erfolg und umfassender gesellschaftlicher Teilhabe;

g) im Rahmen der Freizügigkeit in den beteiligten Mitgliedstaaten eine schnelle und unbürokratische Anerkennung von Ausbildungs- sowie von Hochschulabschlüssen erreicht und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten sichergestellt werden sollen;

h) die Arbeitgeber in den Bildungsprozess, unter anderem durch die Vermittlung ihres Wissens und ihrer Erfahrung, stärker einbezogen werden sollen.

3. Finanzierung der EU-Strategie für den Ostseeraum

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

a) fordert eine bessere Anpassung der vorhandenen Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten an die Ziele der EU-Ostseestrategie und

b) unterstützt die Kommission in ihren Bestrebungen, die Aktionen und Projekte stärker als bisher darauf auszurichten, dass nach Auslaufen einer zeitlich begrenzten finanziellen Förderung eine Fortsetzung der jeweiligen Maßnahme ermöglicht wird, um eine nachhaltige Förderung zu erreichen,

c) sieht es als notwendig an, die Möglichkeiten, neue Projekte in den Aktionsplan der EU - Strategie für den Ostseeraum einzubringen und ihre Finanzierung transparenter und einfacher zu gestalten,

d) sieht es als erforderlich an, dass die Mitgliedstaaten und die Regionen im Rahmen der Kohäsionspolitik nach dem Jahr 2013 in ihren operationellen Programmen verstärkt Finanzmittel für die Umsetzung der EU-Strategie für den Ostseeraum vorsehen. Um die in die Region fließenden EU-Mittel für die Umsetzung der Ostseestrategie nutzen zu können, ist es notwendig, entsprechende Zweckformulierungen in das Regelwerk für die Vergabe der Strukturfondsmittel für die nächste Haushaltsperiode (2014-2020) aufzunehmen,

e) regt an, solche Investitionsbedarfe, die im Rahmen der Programme der europäischen territorialen Zusammenarbeit ermittelt wurden, nach Möglichkeit und Maßgabe der Ziele der Kohäsionsfonds und des jeweils zugrunde liegenden Operationellen Programms umzusetzen,

f) sieht es als erforderlich an, dass die EU-Strategie für den Ostseeraum Unterstützung für gemeinsame Prioritäten vorsieht, die durch operationelle Programme konkretisiert werden und im Rahmen der Strategie 2020 für mehr als eine Region gelten.

4. Mehrebenensystem – Multi-Level-Governance

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee sieht bei der Umsetzung der Strategie in Bezug auf das mehrstufige Regierungssystem (Multi-Level-Governance und good governance) folgenden Optimierungsbedarf:

a) Zur weiteren Stabilisierung der Makroregion ist eine eigene, verbindende Identität der Ostseeregion als Basis für eine gemeinsame Strategie als emotionales Bindeglied erforderlich.

b) Der integrierte Politikansatz der Strategie erfordert eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit der einzelnen Akteure auf allen Stufen des Mehrebenensystems. Dies erfordert im Rahmen der Umsetzung – wie dies bei der Erarbeitung der Strategie der Fall war - eine aktive und dauerhafte Einbindung der nationalen, der regionalen und der lokalen Ebene unmittelbar durch die Europäische Kommission.

c) Die parlamentarische Dimension der Ostseekooperation ist durch eine laufende Beteiligung der nationalen und der regionalen Parlamente an dem Umsetzungs- und Evaluierungsprozess der EU-Ostseestrategie zu stärken (z.B. Unterrichtung über die Umsetzungsberichte der priority area coordinators und die Sitzungen der High Level Group).

d) Das Verfahren zur weiteren Überarbeitung des Aktionsplans muss transparent sein. Insbesondere ist es notwendig, dass überarbeitete Fassungen rechtzeitig im Entwurf mit den Mitgliedstaaten abgestimmt und die Regionen in das Verfahren, wie bereits bei dem Erarbeitungsprozess der Strategie geschehen, mit einbezogen werden

5. Nachbarschafts- und Partnerschaftspolitik

Für eine kohärente und harmonische Entwicklung des Ostseeraumes ist eine intensive Zusammenarbeit aller Ostseeanrainerstaaten, einschließlich Russlands und Norwegens notwendig.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee ist der Auffassung, dass

- a) die Mittel für die Umsetzung der transnationalen, interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der EU erweitert werden sollen, was mit der Erweiterung der Möglichkeiten der Umsetzung der europäischen makroregionalen Politik gleichgesetzt wird;
- b) unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen und touristischen Aspekte die Unterstützung und das Engagement der Grenzregionen an den Aussengrenzen der Europäischen Union im sogenannten Bereich des „kleinen Grenzverkehrs“ gesteigert werden soll. Dabei soll eine Öffnung der Grenzübergänge auf dem Land und auf dem Wasser ermöglicht werden;

III.

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee nimmt die Einladung des Schleswig-Holsteinischen Landtages an, das 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee im Jahre 2012 auszurichten.

Marek Biernacki

Sejmik der Wojewodschaft Pomorskie

Renata Höhnig

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Krzysztof Szlachetka

Sejmik der Wojewodschaft
Zachodniopomorskie

B. Vogt

Landtag Schleswig-Holstein

Julian Osiecki

Sejmik der Wojewodschaft Warmińsko-
Mazurskie

Barbara Dinde

Hamburgische Bürgerschaft

Kaliningrader Gebietsduma

[Signature]

Gdańsk, den 05. Juli 2011